

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der SPD-Fraktion

hier: Die Pandemie gemeinsam bewältigen - Beschäftigte in Kitas, Krankenhäusern und Verwaltung wertschätzen - für einen fairen Tarifabschluss in Bund und Gemeinden

Beratungsfolge:

03.09.2020 Haupt- und Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Angesichts der jüngsten Entwicklung im Bereich der Tarifrunde für die Beschäftigten von Bund und Gemeinden und im Begleitumstand der Folgen der Corona-Pandemie empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat der Stadt Hagen der vorliegenden Beschlussvorlage in seiner nächsten Sitzung zuzustimmen:

Der Rat der Stadt fordert die Verhandlungsführung der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) auf, ihre Verhandlungsstrategie in der aktuellen Tarifrunde für die Beschäftigten in Kitas, Krankenhäusern und Verwaltung zu ändern und entweder einen solidarischen und fairen Tarifabschluss anzustreben oder sich schnell über eine Verschiebung der Tarifrunde mit der Gewerkschaftsseite zu verständigen.

Die fehlende Bereitschaft der VKA-Verhandlungsführung, zu einem angemessenen Abschluss für die Beschäftigten zu kommen birgt die Gefahr, dass es Mitten in der Pandemie zu einem harten Arbeitskampf mit massiven Streiks kommen könnte. Das würde Einschränkungen bei den wichtigen öffentlichen Dienstleistungen mit sich bringen. Die Funktionsfähigkeit von Bildungseinrichtungen, Gesundheitsämtern, Müllentsorgung und vieler anderer Verwaltungsbereiche, die auch zur Bewältigung der Pandemiefolgen dringend gebraucht werden, wird gefährdet.

Ferner tritt das Verhalten der VKA die in der Öffentlichkeit immer wieder hervorgehobene Wertschätzung für die Leistung der Beschäftigten bei der Bewältigung der Krise mit Füßen.



Die historische Herausforderung dieser Pandemie können wir nur gemeinsam bewältigen. Deshalb ist der Versuch der VKA, die Beschäftigten durch die Verweigerung eines angemessenen Tarifabschlusses einseitig für die Pandemie-Folgen aufkommen zu lassen, völlig inakzeptabel. Sinnvoller wäre es, die Tarifrunde auf die Zeit nach der Bewältigung der Pandemie zu verschieben, wie die Gewerkschaft ver.di dies angeboten hat.

Im anstehenden Herbst und Winter brauchen wir die volle Handlungsfähigkeit der öffentlichen Betriebe, um weitere drohende Pandemiefolgen im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung bewältigen zu können. Daher ist diese Phase ein denkbar ungeeigneter Zeitpunkt für einen Arbeitskampf.

Wir bitten die Verwaltung, der VKA-Verhandlungsführung um VKA Präsidenten Ulrich Mädge und Hauptgeschäftsführer Niklas Benrath diese Position des Rates der Stadt Hagen zu übermitteln.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen

Herrn
Oberbürgermeister
E.O. Schulz
im Hause

19. August 2020

Die Pandemie gemeinsam bewältigen - Beschäftigte in Kitas, Krankenhäusern und Verwaltung wertschätzen – für einen fairen Tarifabschluss in Bund und Gemeinden

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

wir bitten um Aufnahme des og. Antrages für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 6 Abs.1 GeschO, am 3. September 2020.

Beschlussvorschlag:

Angesichts der jüngsten Entwicklung im Bereich der Tarifrunde für die Beschäftigten von Bund und Gemeinden und im Begleitumstand der Folgen der Corona-Pandemie empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat der Stadt Hagen der vorliegenden Beschlussvorlage in seiner nächsten Sitzung zuzustimmen:

Der Rat der Stadt fordert die Verhandlungsführung der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) auf, ihre Verhandlungsstrategie in der aktuellen Tarifrunde für die Beschäftigten in Kitas, Krankenhäusern und Verwaltung zu ändern und entweder einen solidarischen und fairen Tarifabschluss anzustreben oder sich schnell über eine Verschiebung der Tarifrunde mit der Gewerkschaftsseite zu verständigen.

Die fehlende Bereitschaft der VKA-Verhandlungsführung, zu einem angemessenen Abschluss für die Beschäftigten zu kommen birgt die Gefahr, dass es Mitten in der Pandemie zu einem harten Arbeitskampf mit massiven Streiks kommen könnte. Das würde Einschränkungen bei den wichtigen öffentlichen Dienstleistungen mit sich bringen. Die Funktionsfähigkeit von Bildungseinrichtungen, Gesundheitsämtern, Müllentsorgung und vieler anderer Verwaltungsbereiche, die auch zur Bewältigung der Pandemiefolgen dringend gebraucht werden, wird gefährdet.

Ferner tritt das Verhalten der VKA die in der Öffentlichkeit immer wieder hervorgehobene Wertschätzung für die Leistung der Beschäftigten bei der Bewältigung der Krise mit Füßen.



Die historische Herausforderung dieser Pandemie können wir nur gemeinsam bewältigen. Deshalb ist der Versuch der VKA, die Beschäftigten durch die Verweigerung eines angemessenen Tarifabschlusses einseitig für die Pandemie-Folgen aufkommen zu lassen, völlig inakzeptabel. Sinnvoller wäre es, die Tarifrunde auf die Zeit nach der Bewältigung der Pandemie zu verschieben, wie die Gewerkschaft ver.di dies angeboten hat.

Im anstehenden Herbst und Winter brauchen wir die volle Handlungsfähigkeit der öffentlichen Betriebe, um weitere drohende Pandemiefolgen im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung bewältigen zu können. Daher ist diese Phase ein denkbar ungeeigneter Zeitpunkt für einen Arbeitskampf.

Wir bitten die Verwaltung, der VKA-Verhandlungsführung um VKA Präsidenten Ulrich Mädge und Hauptgeschäftsführer Niklas Benrath diese Position des Rates der Stadt Hagen zu übermitteln.

Begründung:

Die Beschäftigten der Kommune haben in der Bewältigung der Pandemie erhebliche Lasten geschultert. Daher ist es abenteuerlich, wenn die VKA in ihrer aktuellen Mitteilung (siehe Anhang) behauptet, in vielen Bereichen, etwa den Bäderbetriebe, Museen oder Theatern und Kitas, sei der Betrieb weitgehend heruntergefahren und es gebe immer noch Beschäftigte, die bei vollen Bezügen keinerlei Arbeitsleistung erbrächen. Andere seien in Kurzarbeit und erhielten wegen des geltenden Tarifvertrages 95 Prozent ihres Nettoentgelts.

Weiter heißt es in der Mitteilung der VKA: „Letztlich können wir nur das verteilen, was tatsächlich vorhanden ist. Und hierzu müssen wir uns alle Bereiche des öffentlichen Dienstes differenziert anschauen.“

Es ist nicht zu akzeptieren, wenn der VKA offen propagiert, dass Beschäftigte etwa in Kitas, Badebetrieben oder Gesundheitsämtern durch Lohnverzicht die Kosten und Steuerausfälle der Pandemie-Krise kompensieren sollen. Die Beschäftigten unterliegen erheblichen Belastungen und sind zum Teil durch die Art ihrer Tätigkeit auch erheblichen Infektionsgefahren ausgesetzt. Die Lasten der Krise dürfen nicht einzelnen Beschäftigtengruppen aufgebürdet werden - nur gemeinsam kann diese Krise bewältigt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Claus Rudel
Vorsitzender SPD-Ratsfraktion

Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst: VKA ruft zu Augenmaß in der Krise auf

Gewerkschaften kündigen Entgelttabellen zu den Tarifverträgen für den öffentlichen Dienst / Beschäftigte in der Corona-Krise unterschiedlich belastet / Androhung von Arbeitskampf unangemessen

Berlin. Die Gewerkschaften ver.di und dbb beamtenbund und tarifunion haben in den heutigen Sitzungen ihrer Bundestarifkommissionen beschlossen, die Entgelttabellen zum Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) sowie weiterer verbundener Tarifverträge zu kündigen.

Ulrich Mädje, Präsident der VKA und Verhandlungsführer der kommunalen Arbeitgeber: „Dieser Schritt kommt nicht überraschend. In der schlimmsten Rezession der Nachkriegszeit jetzt schon mit Arbeitskampf zu drohen, zeigt aber, dass die Gewerkschaften den Ernst der Lage offensichtlich nicht erkannt haben. In dieser schwierigen Situation ist Augenmaß gefordert – sowohl für die kommunalen Arbeitgeber als auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.“

In den Sondierungsgesprächen mit der VKA am vergangenen Dienstag hatten die Gewerkschaften vorgeschlagen, die Tarifrunde um sechs Monate zu verschieben, verbunden mit einer unverhältnismäßig hohen Einmalzahlung für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst in gleicher Höhe. Dies hätte die ohnehin sehr angespannte Finanzlage in den Kommunen und bei den kommunalen Unternehmen noch deutlich weiter verschärft.

„Die Vorstellungen von ver.di und dbb zu den Bedingungen einer Übergangsregelung waren mehr als überzogen und angesichts der dramatischen Haushaltsslage in den Kommunen unvorstellbar hoch“, so **VKA-Hauptgeschäftsführer Niklas Benrath**. „Der Vorschlag der Gewerkschaften hätte die kommunalen Arbeitgeber mehrere Milliarden Euro gekostet. Dies als ‚ausgestreckte Hand‘ zu bezeichnen, ist in der jetzigen Situation geradezu absurd. Die Gewerkschaften müssen anerkennen, dass die Belastungen der Beschäftigten durch die Corona-Krise sehr unterschiedlich waren und sind – hier muss differenziert werden. Es gibt immer noch Beschäftigte, die bei vollen Bezügen keinerlei Arbeitsleistung zu erbringen haben, andere sind in Kurzarbeit und erhalten wegen unseres Tarifvertrages 95 Prozent ihres Nettoentgelts“, so **Benrath** weiter.

Insbesondere die Arbeit an den Flughäfen ist nahezu zum Erliegen gekommen. Gleiches gilt auch für andere kommunale Arbeitgeber wie Bäderbetriebe, Museen oder Theater. Auch in den Kitas wurde der Betrieb weitgehend heruntergefahren.

Ulrich Mädje: „Aufgrund der für die kommunalen Arbeitgeber angespannten Ausgangslage fordern wir die Gewerkschaften zu fairen Verhandlungen auf, die nicht auf dem Rücken der Allgemeinheit ausgetragen werden sollten. Letztlich können wir nur das verteilen, was tatsächlich vorhanden ist. Und hierzu müssen wir uns alle Bereiche des öffentlichen Dienstes differenziert anschauen.“

Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) ist der Spitzenverband der kommunalen Arbeitgeberverbände in Deutschland. Sie regelt die Arbeitsbedingungen für die kommunalen Beschäftigten und schließt Tarifverträge mit den zuständigen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Die VKA vertritt mehr als 10.000 kommunale Arbeitgeber in Deutschland mit mehr als 2,4 Millionen Beschäftigten.

Pressekontakt: Ulrike Heine

Telefon: (030) 209 699 461, Mobil: 0160 94 121 850, E-Mail: ulrike.heine@vka.de